

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und
Sozialordnung, Familie und Frauen



Familienpolitik

Das Betreuungsgeld - drei zentrale Irrtümer

Informationen von Staatsministerin

Christine Haderthauer

Das Betreuungsgeld - drei zentrale Irrtümer

1 FALSCH: Das Betreuungsgeld ist eine "Herdprämie", es wird dazu führen, dass sich Mütter/Väter deswegen für die Kinderbetreuung zuhause entscheiden, statt arbeiten zu gehen.

RICHTIG: Das Betreuungsgeld soll es für jede Familie geben, die für ihr ein- oder zweijähriges Kleinkind keine öffentlich geförderte Kindertageseinrichtung in Anspruch nehmen will, sondern die Betreuung selbst leistet oder privat organisiert (z.B. durch Tagesmutter). Dabei spielt es keine Rolle, ob oder inwieweit die jungen Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Es entspricht der Erfahrung der Länder, die das Betreuungsgeld haben und es ist auch wissenschaftlich nachgewiesen, dass das Betreuungsgeld **keinen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit** von jungen Eltern hat (ZEW 2009). Die meisten skandinavischen Nachbarländer haben gleichzeitig mit dem Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung für unter Dreijährige auch ein Betreuungsgeld eingeführt. Gleichzeitig arbeiten dort mehr Mütter von Ein- und Zweijährigen als bei uns.

2 FALSCH: Das Betreuungsgeld verhindert Bildungschancen.

RICHTIG: Das Betreuungsgeld gibt es nur für Ein- und Zweijährige. In dieser Altergruppe steht das Bedürfnis nach verlässlicher Bindung im Vordergrund. Maßgeblich für die Wahl der richtigen Betreuungsform muss daher der Blick auf die individuelle Situation des Kleinkindes sein. Erkenntnisse aus der Entwicklungspsychologie wie aus der Hirnforschung zeigen, dass die kognitive und emotionale Entwicklung und damit die Grundlage für spätere Bildung nur gelingt, wenn das Bedürfnis des Kleinkindes nach **Sicherheit durch verlässliche Bindung** befriedigt wird.

Für diese Altersgruppe ist daher die institutionelle Betreuung der familiären nicht überlegen.

Krippen können wichtige Ergänzungen zum zentralen Bildungsort Familie sein. Entwicklungspsychologen gehen allerdings davon aus, dass bei den Gruppengrößen in deutschen Kinderkrippen der Besuch einer Krippe je nach Stundenzahl gerade für Ein- und Zweijährige als Stress empfunden werden kann (Vermeer 2006; Langzeitstudie NICHD-Studie 2006 USA). Eltern sollen sich daher möglichst frei entscheiden können, auf welche Weise das Bedürfnis ihres Kleinkindes nach verlässlicher Bindung am besten befriedigt wird: In einem Krippenplatz oder durch eine Tagesmutter, durch familiennahe Bezugspersonen oder durch die persönlich erbrachte Betreuungsleistung.

Der **PISA Sieger Finnland** und andere skandinavische Länder setzen im Bewusstsein der zentralen Rolle gelingender Bindungserfahrung für spätere Bildung **seit Jahren auf ein Betreuungsgeld**.

3 FALSCH: Das Geld sollte besser für den weiteren Ausbau von Kinderkrippen verwendet werden.

RICHTIG: Die Mittel für das Betreuungsgeld gehen nicht zu Lasten des Krippenausbau. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist **kommunale Aufgabe**. Mit Hilfe des Bundes und kraftvoller Förderung durch den Freistaat wird Bayern bereits im nächsten Jahr die Bedarfsdeckung erreicht haben. Dass in Städten wie München Krippen-, aber auch Kindergarten- und Hortplätze fehlen, hat nicht mit Geld zu tun, sondern mit einer verfehlten Bedarfsplanung in der Vergangenheit, die sich heute nur schwer aufholen lässt. Gerade dort aber organisieren sich viele Eltern in privaten Initiativen. Das Betreuungsgeld kann helfen, dabei passgenaue Lösungen zu organisieren.

Die Mehrheit der Eltern sehen die Krippe nicht als Ideallösung für ihr ein- oder zweijähriges Kind an. Sie wünschen sich, das Bedürfnis nach verlässlicher Bindung, das in diesem Alter im Mittelpunkt steht, individuell befriedigen und selbst organisieren zu können (DJI - Kinderbetreuungsstudie 2006). **Zwei Drittel der jungen Eltern befürworten deshalb das Betreuungsgeld** (Forsa 2009, Emnid November 2009). **Diesen individuellen Gestaltungsraum sollte bürgerliche Politik jungen Eltern auch in Deutschland lassen.**

Das Betreuungsgeld ist die Antwort auf den Rechtsanspruch auf den Krippenplatz. Es soll vermitteln, dass junge Eltern trotz Rechtsanspruch und Investitionen von 800,-- bis 1000,-- € mtl. pro Krippenplatz durch die Politik nicht einseitig gelenkt werden sollen oder sogar einen Rechtfertigungsdruck erleben, wenn sie selbst die Kinderbetreuung übernehmen.